



## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Leopold Herz FREIE WÄHLER**  
vom 07.04.2014

### Kommunalwahlen in Bayern

Aus meinen Beobachtungen des Ablaufs der diesjährigen Kommunalwahlen in Bayern ergeben sich einige Fragen, daher frage ich die Staatsregierung:

1. Seit wann muss ein von den Bürgern gewählter Mandats-träger nicht mehr begründen, warum er die Wahl nicht annimmt?
2. Was waren die Gründe für die Änderung, dass ein ge-wählter Bürger die Wahl nur aus triftigen Gründen ableh-nen kann?
3. Was unternimmt die Staatsregierung, um ein Überhand-nehmen eines solchen Verhaltens – nämlich sich zur Wahl zu stellen mit der Option, diese dann ja nicht anneh-men zu müssen – zu vermeiden, und damit einer weiteren Wahlmüdigkeit in der Bevölkerung entgegenzuwirken?

## Antwort

des **Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr**  
vom 02.05.2014

### Zu1.:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gemeinde- und Land-kreiswahlgesetzes und anderer Vorschriften vom 16.02.2012 (GVBl S. 30) wurde Art. 47 des Gemeinde- und Landkreis-wahlgesetzes (GLKrWG), der die Annahme der Wahl regelt, dahingehend geändert, dass Art. 19 der Gemeindeordnung (GO) und Art. 13 der Landkreisordnung (LKrO) keine An-wendung finden. Art. 19 GO und Art. 13 LKrO beinhalten die Verpflichtung zur Übernahme kommunaler Ehrenämter, sofern kein wichtiger Grund vorliegt. Das Änderungsgesetz ist am 01.03.2012 in Kraft getreten; der geänderte Art. 47 GLKrWG war erstmals für die allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen im Jahr 2014 anwendbar.

### Zu 2.:

Die Änderung geht zurück auf einen Beschluss des Baye-rischen Landtags vom 27.10.2010 (Drs. 16/6143), mit dem die Staatsregierung aufgefordert worden ist, einen Gesetz-entwurf vorzulegen, der u. a. beinhaltet, dass alle kom-munalen Mandatsträger ohne Nachweis eines wichtigen Grundes zurücktreten können (Nr. 9). Ziel der Änderung war es, die Freiheit des Mandats zu stärken (vgl. amtliche Begründung zu § 1 Nr. 20 auf Drs. 16/9081). Berufsmäßige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte müssen im Hinblick auf die verfassungsmäßig garantierte Berufsfreiheit seit jeher die Möglichkeit haben, jederzeit ohne wichtigen Grund ihre Entlassung zu erwir-ken. Mit der Änderung wurden die ehrenamtlichen Bürger-meisterinnen und Bürgermeister sowie die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder und Kreisträte den berufsmäßigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den Landrä-tinnen und Landräten insoweit gleichgestellt.

### Zu 3.:

Ob und in welchem Umfang es Fälle gibt, in denen sich Kandidaten mit dem Vorsatz, die Wahl nicht anzunehmen, aufstellen lassen, ist nicht bekannt. Das Bayerische Staats-ministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird – wie bei vergangenen Wahlen – auch zu den allgemeinen Gemein-de- und Landkreiswahlen 2014 Erfahrungsberichte von den Regierungen anfordern und auswerten. Dabei wird auch den Landratsämtern und Gemeinden Gelegenheit zur Äuße-rung u. a. zu den Auswirkungen geänderter wahlrechtlicher Bestimmungen gegeben.